

Die Ergebnisse der vierteljährlichen Gemeindefinanzstatistik im 3. Rechnungsvierteljahr 1955

Steuern, allgemeine Finanzzuweisungen und allgemeine Umlagen

Die kassenmäßigen Einnahmen der Gemeinden und der Landkreise (Kreiskommunalverbände) des Landes Baden-Württemberg aus eigenen Steuern belaufen sich in den Monaten Oktober bis Dezember 1955 auf insgesamt 209,2 Mill. DM. Sie überschritten damit sowohl die gesamten Steuereinnahmen des Vorvierteljahres¹⁾ (+ 6,1 Mill. DM = + 3,0 vH) als auch das Ergebnis des entsprechenden Vierteljahres 1954 (+ 5,4 Mill. DM = + 2,6 vH). Ausschlaggebend für die Zunahme gegenüber dem Vorquartal waren die Mehreinnahmen aus Grundsteuer A (+ 3,7 Mill. DM) und B (+ 2,6 Mill. DM), die hauptsächlich durch die besonders in den ländlichen Gemeinden nach der Ernte einsetzenden Steuernachzahlungen bedingt sind. Von den übrigen Gemeindesteuern haben vor allem die infolge des stärkeren Besuchs von Lichtspielveranstaltungen in den Herbsttagen erhöhten Einnahmen aus der Vergnügungsteuer (+ 0,7 Mill. DM) und dem Zuschlag zur Grunderwerbsteuer (+ 0,7 Mill. DM = + 13,2 vH) zu dem erneuten Anstieg der gemeindeeigenen Steuern im Berichtsvierteljahr beigetragen. Den Mehreinnahmen von insgesamt 7,7 Mill. DM stehen 1,6 Mill. DM Mindereinnahmen gegenüber, insbesondere bei der Hundesteuer mit - 1,2 Mill. DM, der Gemeindegetränksteuer mit - 0,2 Mill. DM und der Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital mit - 0,1 Mill. DM. Die letztere liegt jedoch bei einem Aufkommen von 147,3 Mill. DM (= 70,4 vH der Gesamteinnahmen aus Gemeindesteuern) mit 1,7 Mill. DM (+ 1,2 vH) über dem Ergebnis des 3. Rechnungsvierteljahres 1954. An der günstigen Entwicklung der Gesamteinnahmen aus Steuern im Berichtsabschnitt haben mit Ausnahme von Südbaden (- 0,6 Mill. DM = - 1,7 vH) alle Regierungsbezirke Anteil, am stärksten Nordwürttemberg mit + 4,6 Mill. DM = + 5,1 vH und Südwürttemberg-Hohenzollern mit + 1,8 Mill. DM = + 5,7 vH.

¹⁾ Siehe „Statistische Monatshefte Baden-Württemberg“, 4. Jg., Heft 1, Seite 21 ff.

Allgemeine Finanzzuweisungen im 3. Rechnungsviertelj. 1955

Regierungsbezirk Land	Schlüsselzuweisungen (§§ 10 und 11 FAG)	Bedarfszuweisungen aus dem			Zweckgebundene Zuweisungen (§ 8 FAG)	Zusammen
		kommunalen Notstock (§ 14 FAG)	Ausgleichsstock (§ 15 FAG)	Übergangshürtestock (§ 19 FAG)		
in 1000 DM						
Nordwürttemberg	12 793	6 845	3 967	450	2 332	26 388
Nordbaden	8 856	11 495	2 947	.	1 193	24 490
Südbaden	11 103	3 478	1 799	29	763	17 173
Südwürttemberg-Hohenzollern	6 537	285	792	.	700	8 314
Baden-Württ. ...	39 289	22 103	9 505	479	4 988	76 365
Dagegen im 2. Rvj. 1955 ...	43 799	790	10 438	5 715	5 342	66 084

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

Die im 3. Rechnungsvierteljahr 1955 mit einem Gesamtbetrag von 76,4 Mill. DM erfaßten allgemeinen Finanzzuweisungen sind um 10,3 Mill. DM = + 15,6 vH höher als im Vorvierteljahr. Davon entfallen 39,3 Mill. DM (= 51,4 vH der gesamten allgemeinen Finanzzuweisungen) auf Schlüsselzuweisungen. In das Berichtsvierteljahr fällt auch die verspätete Ausschüttung der Mittel aus dem kommunalen Notstock für das Rechnungsjahr 1954. An diesen Beträgen (22,1 Mill. DM) sind vornehmlich die schwer kriegsbetroffenen Gemeinden Nordbadens (11,5 Mill. DM) und Nordwürttembergs (6,8 Mill. DM) beteiligt. Aus dem Ausgleichsstock wurden gegenüber dem Vorvierteljahr 0,9 Mill. DM (= - 8,9 vH) weniger Zuschüsse ausgeworfen. An zweckgebundenen Zuweisungen vereinnahmten die Stadtkreise, Landkreise und unmittelbaren Kreisstädte gegenüber den drei Vormonaten etwas geringere Summen (- 0,4 Mill. DM = - 6,6 vH). Die von den nordwürttembergischen und südbadischen Gemeinden im Berichtszeitraum ausgewiese-

Einnahmen aus eigenen Steuern und Finanzzuweisungen sowie Umlageausgaben der Gemeinden und der Landkreise im 3. Rechnungsvierteljahr 1955

Gebietskörperschaften Gemeindegrößenklassen ¹⁾	Zahl der Gemeinden und Kreise	Einwohnerzahl am 31. 12. 54 ia 1000	Steuern		darunter				Allgemeine Finanzzuweisungen	darunter Schlüsselzuweisungen	Landesfürsorge- u. Kreisumlageausgaben	
			insgesamt	je Einwohner	Grundsteuer		Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital ²⁾	Vergnügungsteuer ⁴⁾				Gemeindegetränksteuer
					A ²⁾	B ³⁾						
1000 DM												
Kreisangehörige Gemeinden mit weniger als 1 000 Einw.	2 088	1 066	13 056	12,24	5 999	1 350	5 466	35	23	9 237	5 116	3 344
„ 1 000 bis unt. 2 000 „	747	1 073	15 726	14,65	4 158	2 102	9 132	119	29	8 290	5 038	3 846
„ 2 000 „ „ 3 000 „	229	601	11 845	19,71	1 708	1 705	8 081	167	73	4 071	2 955	2 340
„ 3 000 „ „ 5 000 „	159	659	14 064	21,34	1 593	2 364	9 575	327	68	4 717	3 410	2 899
„ 5 000 „ „ 10 000 „	96	727	22 464	30,91	1 047	3 276	17 155	594	160	5 040	3 720	3 602
„ 10 000 und mehr Einw. ...	54	1 279	48 659	38,06	721	7 250	38 085	1 434	610	8 535	6 969	7 072
Stadtkreise	9	1 603	78 873	49,19	482	12 194	59 852	2 490	1 399	26 434	6 626	1 033
Landkreise ⁵⁾	63	5 405	4 494	0,83	10 040	5 454	3 111
Zusammen	3 445	7 008	209 182	29,85	15 709	30 241	147 345	5 167	2 362	76 365	39 289	27 247
Dagegen im 2. Rvj. 1955	3 445	7 008	203 092	28,98	12 004	27 688	147 467	4 506	2 553	66 084	43 799	30 613
Dagegen im 3. Rvj. 1954	3 445	6 863 ⁶⁾	203 796	29,69	14 896	28 647	145 646	5 055	3 078	49 869 ⁷⁾	46 949	25 551

¹⁾ Zuordnung der Gemeinden zu den Größenklassen nach der Volkszählung am 13. September 1950 und dem Gebietsstand am 31. März 1955. — ²⁾ Grundsteuerbeteiligungsbeträge bzw. Gewerbesteuerausgleichszuschüsse abgeglichen. — ³⁾ Einschließlich Grundsteuerbeihilfen für Arbeiterwohnstätten. — ⁴⁾ Kino- und übrige Vergnügungsteuer. — ⁵⁾ Kreiskommunalverbände. — ⁶⁾ Fortgeschriebene Wohnbevölkerung am 31. Dezember 1953 (Gebietsstand 31. März 1954). — ⁷⁾ Berichtigtes Ergebnis. — Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

nen geringfügigen Beträge aus Mitteln des Übergangshärtestocks (nach § 19 FAG) sind kassenabrechnungstechnisch bedingt.

Die Kreisumlageausgaben der kreisangehörigen Gemeinden erreichten in den Monaten Oktober bis Dezember 1955 mit 23,1 Mill. DM fast die gleiche Höhe wie in den drei Vormonaten (23,3 Mill. DM). Dagegen haben sich die Ausgaben der Stadt- und der Landkreise für die Landesfürsorgeumlage²⁾ von 7,3 Mill. DM auf 4,1 Mill. DM verringert. Den Kreisumlageausgaben stehen im Berichtsabschnitt gleich hohe Kreisumlageeinnahmen bei den Landkreisen gegenüber.

Schulden

Die inländische Neuverschuldung der Gemeinden mit 10 000 und mehr Einwohnern und der Gemeindeverbände hat im 3. Rechnungsvierteljahr 1955 absolut (+ 50,2 Mill. DM) und relativ (+ 6,9 vH) nicht so stark zugenommen wie in den Monaten Juli bis September 1955 (+ 61,7 Mill. DM = + 9,3 vH). Der Schuldenstand erreichte am 31. Dezember 1955 eine Höhe von 776,4 Mill. DM und liegt demnach mit 201,9 Mill. DM (+ 35,1 vH) über dem Stand des Vorjahres. An dem Schuldenzuwachs im Berichtszeitraum (+ 50,2 Mill. DM) sind Nordwürttemberg³⁾ mit 20,4 Mill. DM (+ 7,5 vH), Nordbaden mit 16,5 Mill. DM (+ 6,8 vH), Südbaden mit 7,1 Mill. DM (+ 5,0 vH) und Südwürttemberg-Hohenzollern³⁾ mit 6,2 Mill. DM (+ 8,7 vH) beteiligt. Der größte Betrag (32,1 Mill. DM) entfällt auf die Stadtkreise und davon wiederum auf die nordbadischen (16,3 Mill. DM) und die nordwürttembergischen (14,7 Mill. DM). Den im Berichtszeitraum vollzogenen Schuldenaufnahmen von rund 71 Mill. DM stehen gleichzeitig Tilgungsleistungen von rund 21 Mill. DM gegenüber. Von den neu aufgenommenen Schulden haben die Mittel, die sich die Gebietskörperschaften auf dem Kapitalmarkt beschaffen konnten, nach wie vor das stärkste Gewicht (rund 85 vH); auf die Neuaufnahmen aus öffentlichen Sondermitteln entfallen rund 11 vH. An den am Ende des Berichtszeitraums mit 776,4 Mill. DM ausgewiesenen Neuschulden machen die Darlehen aus Kreditmarktmitteln 71,4 vH aus; der Rest verteilt sich auf die Schulden aus

¹⁾ Landesumlage für Wohlfahrtspflege in den badischen Regierungsbezirken sowie Umlage des Württembergischen Landesfürsorgeverbandes und des Landeskommunalverbandes der Hohenzollerischen Lande.
²⁾ Regierungsbezirke Nordwürttemberg und Südwürttemberg-Hohenzollern ohne die Beträge der Bezirksverbände.

Stand der Neuschulden am 31. Dezember 1955

Seit dem 21. Juni 1948 aufgenommene und noch geschuldete Beträge der Gemeinden mit 10 000 und mehr Einwohnern und der Gemeindeverbände

Art der Schulden	Stadtkreise	Kreisangehörige Gemeinden	Landkreise ¹⁾	Gemeinden und Gemeindeverbände ²⁾
Schulden aus Kreditmarktmitteln	338 389	159 751	56 019	554 188
Schulden aus öffentlichen Sondermitteln	86 769	17 207	3 876	107 853
Schulden bei Gebietskörperschaften darunter Wohnbaukredite von Bund und Land	70 090	34 971	9 153	114 403
Schulden zusammen (ohne Kassenkredite)	495 249	211 929	69 048	776 444
Dagegen am 30. Sept. 1955	463 130	197 840	65 053	726 245
Dagegen am 31. Dez. 1954	361 469	159 990	53 061	574 584
Kassenkredite am 31. Dezember 1955	3 000	100	-	3 103

¹⁾ Kreiskommunalverbände. — ²⁾ Einschließlich Bezirksverbände. — Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

öffentlichen Sondermitteln (13,9 vH) und die Schulden bei Gebietskörperschaften (14,7 vH), darunter fast zwei Fünftel Wohnbaukredite von Bund und Land.

Die am 31. Dezember 1955 mit 3,1 Mill. DM ausgewiesenen Kassenkredite sind um 2,8 Mill. DM höher als am 30. September 1955, was in erster Linie auf die Kreditbeanspruchung zweier nordbadischer Stadtkreise zurückzuführen ist.

Investitionen

Die kommunale Investitionstätigkeit hat sich auch in den Monaten Oktober bis Dezember 1955 weiter ausgedehnt. Die Ausgaben hierfür betragen bei den Gemeinden mit 10 000 und mehr Einwohnern und den Gemeindeverbänden insgesamt 153,5 Mill. DM. Davon entfallen auf die erfaßten Gebietskörperschaften in Nordwürttemberg⁴⁾ 78,6 Mill. DM (51,2 vH), Nordbaden 39,7 Mill. DM, Südbaden 18,2 Mill. DM und Südwürttemberg-Hohenzollern⁴⁾ 16,8 Mill. DM. Die kommunalen

⁴⁾ Regierungsbezirke Nordwürttemberg und Südwürttemberg-Hohenzollern ohne die Beträge der Bezirksverbände.

Die kommunalen Investitionen der Gemeinden mit 10 000 und mehr Einwohnern und der Gemeindeverbände im 3. Rechnungsvierteljahr 1955

Art der Investitionen ¹⁾	Stadtkreise		Kreisangehörige Gemeinden		Landkreise ²⁾		Gemeinden und Gemeindeverbände ³⁾		Davon als zweckgebundene Zuweisungen und Darlehen vom Land (Bund) eingegangen	
	1000 DM	vH	1000 DM	vH	1000 DM	vH	1000 DM	vH	1000 DM	vH ⁴⁾
Schulbau	8 833	9,8	8 707	19,9	4 082	21,0	21 622	14,1	3 025	14,0
Wohnungsbau	1 932	2,1	3 016	6,9	145	0,7	5 094	3,3	412	8,1
Zuschüsse und Darlehen für Wohnungsbau an Genossenschaften usw. ⁵⁾	4 584	5,1	2 780	6,3	130	0,7	7 494	4,9	486	6,5
Straßenbau	9 899	11,0	6 628	15,1	8 170	42,0	24 896	16,2	2 080	8,4
Wirtschaftliche Unternehmen ⁶⁾	39 383*	43,8	6 987*	16,0	30	0,1	46 400*	30,2	205	0,4
Sonstige Verwaltungszweige	24 221	26,9	15 651	35,7	6 908	35,5	46 781	30,5	3 340	7,1
Trümmerbeseitigung ⁷⁾	1 148	1,3	54	0,1	-	-	1 202	0,8	89	7,4
Investitionen zusammen	89 999*	100	43 823*	100	19 466	100	153 487*	100	9 637	6,3
darunter Ausgaben für Kriegsschädenbeseitigung	14 215	15,8	1 716	3,9	212	1,1	16 147	10,5	.	.
Investitionen zusammen im 2. Rvj. 1955	85 052	.	33 781	.	15 476	.	134 742	.	9 668	7,2
Investitionen zusammen im 3. Rvj. 1954	44 483	.	32 344	.	12 737	.	89 776	.	11 037	12,3

¹⁾ Investitionsausgaben der ordentlichen und außerordentlichen Rechnung (ohne Anteilbeträge an die außerordentliche Rechnung). — ²⁾ Kreiskommunalverbände. — ³⁾ Einschließlich Bezirksverbände. — ⁴⁾ Der jeweiligen Gesamtausgaben. — ⁵⁾ Ohne solche an Gebietskörperschaften. — ⁶⁾ Soweit in der Rechnung der Gemeinden (Gv.) nachgewiesen. — ⁷⁾ Alle Ausgaben für Trümmerbeseitigung, soweit nicht bei den übrigen in der Tabelle aufgeführten Positionen erfaßt. — ⁸⁾ Einschließlich Nachmeldungen von Investitionsdarlehen für Eigenbetriebe: Stadtkreise 7400(000) DM, kreisangehörige Gemeinden 1635(000) DM, Gemeinden und Gemeindeverbände 9035(000) DM. — Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

Berichtskörperschaften sind an dem gesamten Investitionsaufwand für Neu- und Wiederaufbau, Erweiterung- und Neubauten, große Instandsetzungen (einschließlich Wohnbaumittel für den Privatwohnungsbau) im Berichtsvierteljahr wie folgt beteiligt: die Stadtkreise mit 58,6 vH, die kreisangehörigen Gemeinden mit 28,6 vH und die Landkreise mit 12,7 vH.

Beim Vergleich mit den Vorvierteljahre ist zu beachten, daß in den Summen für den Berichtsabschnitt Nachmeldungen von Investitionsdarlehen an Eigenbetriebe für das 1. und 2. Rechnungsvierteljahr 1955 mit insgesamt 9,0 Mill. DM enthalten sind. Auf die Stadtkreise entfallen davon allein 7,4 Mill. DM. Der größte Betrag (46,4 Mill. DM bzw. ohne die genannten Nachmeldungen 37,4 Mill. DM) ist im Berichtszeitraum für die wirtschaftlichen Unternehmen ausgegeben worden. Für den Straßenbau wurden 24,9 Mill. DM und für den Schulbau 21,6 Mill. DM aufgewendet. Die für den Wohnungsbau (einschließlich Wohnbaumittel für den Privatwohnungsbau) mit 12,6 Mill. DM ausgewiesenen Investitionsausgaben sind gegenüber dem Vorvierteljahr um 0,4 Mill. DM höher. Der größere Teil der Mittel ist dabei nicht für den gemeindeeigenen Wohnungsbau (5,1 Mill. DM)

verwendet worden, sondern als Zuschüsse und Darlehen an andere Bauherren (7,5 Mill. DM) geflossen. An der Finanzierung der gemeindlichen Ausgaben für Investitionszwecke im 3. Rechnungsvierteljahr 1955 hat sich das Land durch zweckgebundene Zuweisungen und Darlehen in Höhe von 9,6 Mill. DM (= 6,3 vH des Gesamtbetrages) beteiligt, wovon 7,3 Mill. DM über die außerordentliche Rechnung gelaufen sind. Die Ausgaben für die Kriegsschädenbeseitigung haben sich gegenüber dem Vorvierteljahr um 3,3 Mill. DM vermindert.

Persönliche Ausgaben

Mit 87,1 Mill. DM liegt die Gesamtsumme der Beamtengehälter, Angestelltenvergütungen und Arbeiterlöhne – jeweils ohne Versorgungsbezüge – der erfaßten Kammereiverwaltungen³⁾ in den Monaten Oktober bis Dezember 1955 mit 2,3 Mill. DM (= + 2,7 vH) über dem entsprechenden Betrag der vorausgegangenen drei Monate. An der Zunahme, die durch Weihnachtzuwendungen und bei den Beamtengehältern außerdem durch Gewährung einer weiteren Ausgleichszahlung in Höhe von einem Drittel eines Monatsgrundgehältes beeinflusst ist, sind alle Regierungsbezirke, am stärksten Nordwürttemberg mit 0,9 Mill. DM (= 40,6 vH des gesamten Vierteljahreszuwachses)

und alle kommunalen Gruppen – hier vornehmlich die kreisangehörigen Gemeinden mit 1,0 Mill. DM – beteiligt. Die Ausgaben für Beamtengehälter haben um 5,3 vH (= + 1,3 Mill. DM) und die für Angestelltenvergütungen um 2,8 vH (= + 1,0 Mill. DM) zugenommen. An Arbeiterlöhnen werden gegenüber dem Vorquartal gleich hohe Beträge (23,2 Mill. DM) ausgewiesen.

⁵⁾ Ohne Gemeinden mit weniger als 10 000 Einwohnern.

Erich Stillhammer

Persönliche Ausgaben der Gemeinden mit 10 000 und mehr Einwohnern und der Gemeindeverbände im 3. Rechnungsvierteljahr 1955

Persönliche Ausgaben ¹⁾	Regierungsbezirk				Land Baden-Württemberg ²⁾	darunter		
	Nordwürttemberg ²⁾	Nordbaden	Südbaden	Südwestwürttemberg-Hohenz. ²⁾		Stadtkreise	Kreisangehörige Gemeinden	Landkreise ⁴⁾
	in 1000 DM							
Beamtengehälter	12 263	8 782	2 398	1 995	25 731	16 943	5 867	2 629
Angestelltenvergütungen	17 908	10 564	4 873	4 317	38 145	19 456	8 680	9 525
Arbeiterlöhne	9 643	6 527	3 775	2 959	23 225	12 091	7 191	3 623
Zusammen	39 815	25 874	11 046	9 270	87 101	48 491	21 738	15 777
Dagegen im 2. RvJ. 1955	38 886	25 311	10 718	8 872	84 812	48 022	20 725	15 041
Veränderungen in vH	+ 2,4	+ 2,2	+ 3,1	+ 4,5	+ 2,7	+ 1,0	+ 4,9	+ 4,9
Dagegen im 3. RvJ. 1954	38 654	24 434	10 736	8 729	83 489	47 321	20 641	14 591
Veränderungen in vH	+ 3,0	+ 5,9	+ 2,9	+ 6,2	+ 4,3	+ 2,5	+ 5,3	+ 8,1

¹⁾ Ohne die der wirtschaftlichen Unternehmen und ohne Versorgungsbezüge. — ²⁾ Ohne Bezirksverbände (Württembergischer Landesfürsorgeverband und Landeskommunalverband der Hohenzollerischen Lande). — ³⁾ Einschließlich Bezirksverbände. — ⁴⁾ Kreiskommunalverbände. — Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

Die Konkurse und Vergleiche im Jahr 1955

Die Anzahl der Insolvenzverfahren hat im Berichtsjahr gegenüber dem Jahr 1954 abgenommen. Ein Rückgang wurde insbesondere in der Industrie und im Großhandel festgestellt. Diese Abnahme bringt eine Veränderung in der Gliederung der Konkurse nach der Höhe der Forderungen mit sich. Der Anteil der Verfahren mit Forderungen über 100 000 DM nahm ab. Dagegen hat sich die Zahl der kleinen Konkurse unter 10 000 DM bedeutend erhöht, wobei die erneute Zunahme der Zahlungseinstellungen durch Nachlässe sowie die Mehrzahl der mangels Masse abgelehnten Verfahren mitwirkten. Bemerkenswert ist der Rückgang der gerichtlichen Insolvenzen in der Textil- und Bekleidungsirtschaft.

Nach den Zählkarten der Amtsgerichte sind im ganzen 542 Konkurse neu eingetreten und 115 Vergleichsverfahren eröffnet worden. Berücksichtigt man, daß 30 Vergleiche in ein Konkursverfahren übergegangen sind, so errechnet sich daraus eine Gesamtsumme von 627 gerichtlichen Insolvenzen. Das sind 64 Fälle oder rund 9 vH weniger als im Vorjahr. Der Rückgang der Zahlungseinstellungen ist vor allem bei der Zahl der Vergleichsverfahren ersichtlich. Dagegen ist die Gesamtzahl

der Konkursverfahren nur um 2 vH gesunken. Hierbei ist wiederum zu bemerken, daß innerhalb dieser Gruppe die eröffneten Konkurse um 52 Fälle abnahmen, während die mangels Masse abgelehnten eine Zunahme von

Konkurse und Vergleichsverfahren in Baden-Württemberg von 1950 bis 1955

Zeitraum	Konkurse			Vergleichsverfahren	Anschlußkonkurse	Gerichtliche Insolvenzen	
	insgesamt	eröffnet	mangels Masse abgelehnt			insgesamt ¹⁾	darunter Neugründungen
1950	488	331	157	195	57	626	..
1951	465	305	160	178	38	605	432 86
1952	460	269	191	149	28	581	323 71
1953	541	330	211	173	28	686	351 64
1954	553	348	205	163	25	691	375 68
1955	542	296	246	115	30	627	325 70

¹⁾ Unter Ausschaltung der Doppelzählung von Anschlußkonkursen. — ²⁾ In vH der gesamten Insolvenzen aller Erwerbsunternehmen.